



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
5. Sitzung	Donnerstag, 16. Oktober 2014 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Stefan Semela, Präsident
Protokoll	Romana Giandico-Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Christine Brüesch Ferdinand Senn
Anwesend	36 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Daniela Graubner Denise Hunziker
Ende der Sitzung	20.45 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2014/39	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge	72
2	2014/40	Einbürgerungen	72
3	2014/35	Legislaturziele des Gemeinderates 2014 - 2017	73
4	2014/41	Gemeindeordnung der Gemeinde Obersiggenthal Geschäftsreglement des Einwohnerrates Obersiggenthal Überarbeitung	78
5	2013/42	Umfrage	85

Ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten. Da es wenige Traktanden sind, wird es keine Pause geben.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Daniela Graubner und Denise Hunziker. Es sind somit 38 in Pflicht genommene Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 20.

1 2014.39 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge

Stefan Semela: Zum **Formellen:** Ich möchte Sie noch orientieren, dass der Kredit für den Neubau Goldiland in Rechtskraft erwachsen ist. Es ging keine Abstimmungsbeschwerde ein. Die Referendumsfrist der Sitzung vom 11. September 2014 ist noch nicht abgelaufen.

Zu den **Mitteilungen:** **Stefan Semela:** Ich habe ein Rücktrittsschreiben von Lisa Dikk erhalten. Dieses wird vorgelesen.

Stefan Semela: Zu den **Eingängen:** Es sind keine Neueingänge eingegangen.

Zum **Protokoll:** Das Protokoll der Sitzung vom 11. September 2014 wird an der Dezember-Sitzung behandelt.

2 2014.40 Einbürgerungen

Eintreten wird nicht bestritten.

Stefan Semela: Folgende Personen stellen das Gesuch um Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht von Obersiggenthal:

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ablehnung eines Gesuchs begründet werden muss.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

3 2014.35 Legislaturziele des Gemeinderates 2014 - 2017

Eintreten wird nicht bestritten.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Zum dritten Mal hat der Gemeinderat seine Sicht auf die Schwerpunkte der laufenden Legislatur in Form von Legislaturzielen festgehalten. Dabei handelt es sich um ein Arbeitspapier. In den Unterlagen finden Sie zwei verschiedene Dokumente. Beim ersten handelt es sich um einen Rückblick auf die vergangene Legislatur 2010 - 2013 darin ist der Stand der Zielerreichung festgehalten. Das andere sind die neuen Legislaturziele für die Amtsperiode 2014 - 2017. Diese Legislaturziele werden Ihnen zur Kenntnisnahme vorge-

legt. Gerne nimmt der Gemeinderat zu den neuen Legislaturzielen Anregungen und Wünsche entgegen.

Patrick Hehli: Wir von der SVP-Fraktion haben die Legislaturziele – das Ziel würde ich gleich in Klammern stellen – geprüft und eingehend besprochen. Wir sind der Meinung, dass in diesem Fall nicht zwingend und ausschliesslich von Legislaturzielen gesprochen werden kann. Für uns fehlen einige Punkte oder präzise Zielformulierungen. Weiter fragen wir uns, wieso die Legislaturziele erst jetzt dem Einwohnerrat vorgelegt werden, die Legislatur hat ja bereits im Januar begonnen.

Wer hat die Legislaturziele erstellt? Wurde dies im Plenum vorgenommen oder in der Verwaltung? Wenn man schaut, zu was ein Ziel führen sollte, dann vermischen wir bei den Zielen mehrheitlich die genauen Massnahmen. Ein Ziel soll aufzeigen, was erreicht werden möchte. Ziele sollten konkret formuliert und auch überprüfbar sein. Diese Punkte fehlen uns bei einigen Zielen. Zugegeben, bei einigen Zielen sind die Massnahmen aufgezeigt. Für die SVP-Fraktion sind die Legislaturziele eher eine Pendenzenliste, dies auch, weil unter jedem Ziel der zuständige Gemeinderat erwähnt wird.

Wir hätten gerne auf diese Fragen eine Antwort.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Warum es so lange gegangen ist, bis die Ziele dem Einwohnerrat vorgelegt werden konnten, hängt mit verschiedenen Sachen zusammen.

Der Gemeinderat hatte eine Klausur und dort wurden die Ziele erarbeitet. Jeder Gemeinderat hat anschliessend die Aufgabe mitgenommen, die Schwerpunkte in seinem Ressort auszuarbeiten. Das hat eine Zeit gedauert. Es ist tatsächlich so, dass man nicht überall Ziele ausgearbeitet hat. Aus diesem Grund habe ich am Anfang erwähnt, dass es sich hier um Schwerpunktthemen handelt und nicht um ausgearbeitete Ziele. Es wurden die Indikatoren aufgezeigt, wie es messbar ist und welche Massnahmen getroffen werden sollten.

Erich Schmid: Die Vorlage zu den Legislaturzielen wurde in der CVP intensiv diskutiert, sowohl die erreichten Ziele der letzten wie auch die Ziele der laufenden Legislatur. Grundsätzlich ist die CVP mit den Zielen weitgehend einverstanden. Was allgemein zu diskutieren gab, war, dass keine klaren Zielerfüllungskriterien definiert wurden. Ich erhalte im Geschäft auch Ziele und diese müssen nach dem SMART ausgearbeitet werden. Hier ist klar nur das T erfüllt für terminiert, da es sich um eine Legislatur handelt. Hier ist sicherlich ein Verbesserungspotential vorhanden, worüber sich der Gemeinderat jetzt Gedanken machen muss.

Zwei Bemerkungen zur Zielerfüllung der letzten Legislatur:

- 0 Allgemeine Verwaltung, 1. Punkt: Die Zielerfüllung wird nur bezüglich dem Gemeindehaus kommentiert. Unseres Erachtens ist aber vor allem auch die Dienstleistung gegenüber der Bevölkerung als Ziel definiert worden. Wie sieht hier die Erfüllung aus?
- 4 Gesundheit: Nach wie vor sind wir erstaunt, dass vom Kanton nur wenig Unterstützung kommt und jede Gemeinde alleine oder mit Partner diverse Grundlagen selber erarbeiten muss. Wir erachten hier die Haltung des Kantons als äusserst mangelhaft.

Legislaturziele 2014 - 2017

- 2 Bildung, 1. Punkt: Wir haben hier die Fertigstellung des Neubaus „Goldiland“ vermisst. Dieser sollte auf jeden Fall als Ziel aufgenommen werden.
- 3 Kultur Freizeit, 2. Punkt: wir gehen davon aus, dass bei den Spielplätzen auch die Grillstellen enthalten sind.
- 5 Soziale Wohlfahrt, 3. Punkt: Es wurde eine externe Evaluation durchgeführt. Welches sind die Ergebnisse?
- 6 Verkehr, 1. Punkt: „Tarifdiskussion wird weitergeführt“: Wir erachten dies als zu schwach formuliert. Die CVP erwartet, dass der Gemeinderat hier weiterhin intensiv am Ball bleibt. Es ist sehr störend, dass die Fahrt von Kirchdorf nach Nussbaumen mehr kostet als von Nussbaumen z. B. ins Kantonsspital!

- 7 Umwelt Raumordnung, 3. Punkt: Im Titel wird „nur“ die Wasserversorgung aufgeführt, das Abwassersystem ist aber wohl auch gemeint?
- 9 Finanzen, 1. Punkt: Macht sich der Gemeinderat auch Gedanken zu den Risiken auf der Einnahmenseite? Einzelne sehr gute Steuerzahler, Auswirkungen bei den Problemen der Grossfirmen in Baden?
- 10 Verbände Institutionen, 2. Punkt: Eine Fusion wird nicht pro aktiv angestrebt. Wie verhält sich der Gemeinderat, falls eine Anfrage eingeht?
- 10 Verbände Institutionen, 3. Punkt: Sind neben der Fernwärme AG noch andere Beteiligungen seitens der Gemeinde vorhanden? Werden diese ebenfalls überprüft?

Nicht aufgeführte Punkte, die aus unserer Sicht ebenfalls weitergeführt oder angegangen werden sollten:

- Die Beziehungspflege zu den einheimischen Gewerbetreibenden wird nicht aufgeführt. Neben der Kontaktpflege sehen wir hier insbesondere auch die Weiterentwicklung der brach liegenden Gewerbeflächen, welche als „Zwischenlagerplatz“ für alte Autos, aus-rangierte Baumaschinen dienen, so z. B. im Hard oder gegenüber dem Restaurant Breite. Aktive Gewerbebetriebe generieren Arbeitsplätze, kreieren Wertschöpfung und sind auch Steuerzahler.
- Unter Punkt 3 Kultur und Freizeit: Der Austausch mit den Quartiervereinen ist in der letzten Legislatur noch in den Zielen enthalten, nun fehlt er. Wird dies weitergeführt oder was stellt sich der Gemeinderat vor?
- Mit der neuen BNO wurde auch der Mehrwertausgleich definiert. Wir erachten es als wichtig, dass in nächster Zeit das zugesagte Reglement erstellt wird und die Gelder wo nötig eingesetzt werden.

Hehli Patrick: Danke, dass ich nochmals das Wort erhalte. Ich bin davon ausgegangen, dass zuerst die allgemeinen Voten kommen und erst anschliessend die einzelnen Kapitel besprochen werden.

Stefan Semela: Es dürfen jetzt alle Voten gemacht werden.

Hehli Patrick: Kapitel 0, allgemeine Verwaltung: Das Wort Kommunikationskommission stört mich. Ich möchte gerne, dass dies wie an der letzten Einwohnerratssitzung erwähnt wurde, in Arbeitsgruppe umgewandelt wird. Es wurde klar erwähnt, es gebe eine temporäre Arbeitsgruppe.

Kapitel 3, Kultur und Freizeit: Dort hätten wir gerne, dass der Gemeinderat nicht so schnell aufgibt. Die Jungbürgerfeier ist der erste Kontakt, den die Person mit der Behörde und der Gemeinde hat. Die Jungbürgerfeier soll weitergeführt werden, auch wenn nur wenige teilnehmen sollten. Wenn man in anderen Gemeinden schaut, werden sie auch nicht von vielen Anmeldungen überrannt. Wir möchten, dass die Jungbürgerfeier in den neuen Legislaturzielen wieder aufgenommen wird.

Bei den Sport- und Freizeitanlagen hätte die SVP-Fraktion gerne als Ziel, dass diese vernetzt geprüft und geplant werden. Ich spreche nicht ausschliesslich vom Fussballplatz, sondern es gibt auch andere Möglichkeiten, wie z. B. der trostlose Zustand der Halfpipe auf dem Schwimmbadparkplatz.

Kapitel 6, Verkehr / Nachrichtenübermittlung: Der Gemeinderat soll sich weiterhin einsetzen, dass in der ganzen Gemeinde der gleiche Tarif für den Bus gilt. Es kann nicht sein, dass in der gleichen Gemeinde, zwei verschiedene Bustarife gelten.

Wir von der SVP-Fraktion würden es begrüssen und stellen den Antrag, dass der Einwohnerrat jährlich vom Gemeinderat die Jahresziele erhält. Bei uns im Geschäft gibt es auch Richt- und Informationsziele. Wir hätten gerne, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat ein Jahresziel bekannt gibt, damit der Einwohnerrat auch weiss, was politisch umgesetzt werden soll. Dies sollte aus den Legislaturzielen herausgenommen werden. Möchtest Du den Antrag schriftlich?

Stefan Semela: Es ist nur ein Antrag auf Kenntnisnahme. Ich weiss nicht, ob dies der Gemeinderat entgegennimmt.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte dies nicht kommentieren, möchte mich aber für die Anregungen bedanken. Der Gemeinderat wird schauen, was er daraus machen kann.

Peter Marten: Die FDP-Fraktion begrüsst es, dass der Gemeinderat Feedback vom Einwohnerrat zu seinen Legislaturzielen möchte. Bei der Besprechung innerhalb der Fraktion sind die Reaktionen gemischt ausgefallen.

Wir erkennen eine Auslegeordnung verschiedener Themen und angedachten Massnahmen. Was uns fehlt, ist eine Priorisierung und eine klare, vorgesehene Marschrichtung des Gemeinderates. So wie sich die Legislaturziele derzeit zeigen, ist es für den Einwohnerrat schwierig zu sehen, wohin sich die Gemeinde nach Ansicht des Gemeinderates bewegen soll.

Bei einer näheren Betrachtung fällt auf, dass das vorliegende Papier offensichtlich ein „Arbeitspapier“ ist. Viele vermeintliche Ziele sind Stichworte, unter den Indikatoren finden sich wiederum ausformulierte Ziele, daneben eigentliche Ziele oder auch Massnahmen. Dies zeigt sich gut am 1. Beispiel unter „allgemeine Verwaltung“ (Gesamtplanung Bachmattareal). Das Ziel ist nicht ausformuliert, der 1. Indikator (einsetzen einer Arbeitsgruppe) ist wohl eher eine Massnahme, der 2. Indikator (Planungskredit an den Einwohnerrat) ist ein Indikator und der 3. Indikator (Sofortmassnahmen im Gemeindehaus umsetzen) wiederum eine Massnahme. Die Massnahmen selber sind wiederum ausformuliert. Aber auch hier könnte mehr kommen: Müssen wirklich nur die Bedürfnisse aller Anspruchsgruppen abgeholt werden, müsste nicht auch ein Rahmen, z. B. ein Kostendach gesetzt werden. Gut finden wir bei diesem Beispiel wiederum den Status.

Ich weiss, dass es tendenziell einfacher ist, Kritik an einer gemachten Arbeit zu machen, als vor einem leeren Blatt zu sitzen und dieses mit Inhalt zu füllen. Ziele zu formulieren ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, welche nicht einfach ist. Zudem ist es schwieriger qualitative Ziele zu bestimmen als quantitative.

Die FDP-Fraktion würde es begrüssen, eigentlich erwarten wir es eher, wenn der Gemeinderat die Legislaturziele nochmals überarbeiten würde. Wir wünschen uns klar ausformulierte Ziele und eine eigentliche Priorisierung. Wir sehen 3 – 5 Kernziele, an welchen sich der Gemeinderat orientieren will. Zu allen Zielen gehören aber auch klare Indikatoren, welche eine Messung der Zielerreichung erlauben. Das ist zwar nicht angenehm, ist aber transparenter und dürfte zu einer höheren Verbindlichkeit führen. Aus unserer Sicht ist die Formulierung der Legislaturziele eine der wichtigsten Aufgaben des Gemeinderates zu Beginn einer neuen Amtsperiode.

Eine Bewertung der Legislaturziele 2010 – 2013 haben wir nur teilweise vornehmen können. Auch hier ist es bei einigen Zielen klar, bei anderen aber unklar. Ich möchte das an einem Beispiel aufführen. Gemäss Zielsetzung soll Obersiggenthal über einen kundenfreundlichen, kompetenten und effizienten Dienstleistungsbetrieb in allen Verwaltungsabteilungen verfügen. Messen wollte man das anhand Ratings und Benchmarking. Bereits an der Einwohnerratssitzung vom 24. Mai 2012 habe ich nachgefragt, welche Benchmarking herangezogen werden. Als Antwort hiess es, dass mit dem Kanton noch geschaut werden müsse, welche Benchmarkings herangezogen werden sollen. Und jetzt? Es steht im Status-Bericht nur etwas vom „Projekt Überprüfung und Optimierung des Gemeindehauses“, es steht nichts über eine Einschätzung des Dienstleistungsbetriebes. Schade, so nimmt man sich die Möglichkeiten, Erfolge und Stärken darzustellen.

Ueli Zulauf: Wir sprechen heute über die Legislaturziele und nächsten Donnerstag geht es um das Budget und über den Aufgaben- und Finanzplan. Wir sind uns sicher einig, dass zwischen den drei Themen einen engen Zusammenhang besteht. Ich möchte die drei Themen in meinem kurzen Votum zusammen betrachten und dazu drei Schlaglichter werfen.

Wir werden nächsten Donnerstag über einen Betrag von CHF 15'000 für die Gesamtplanung des Bachmattareals abstimmen. Die Finanzkommission beantragt die Streichung dieses Budgetpostens. Wir sehen am Horizont grosse Investitionen z. B. das Schulhaus Kirchdorf oder die nächste Schwimmbadsanierungsetappe. Wir werden uns nächsten Donnerstag auch mit Folgekosten aus solchen Investitionen beschäftigen, unter anderem mit der Planung der Hauswartarbeit, der Hallenbenützung in der Dreifachturnhalle, usw. Was ist hier der Zusammenhang? Wenn der Zusammenhang gesehen wird, wenn ein roter Faden zwischen den verschiedenen Themen erkennbar ist, dann ist für mich eine politische Führung erkennbar. Diese politische Führung und die Prioritätensetzung, hatten in den letzten Jahren gefehlt. Ich habe mir gewünscht, dass sich dies mit dem neuen Gemeinderat erfüllt. Unsere Überlegungen in der Fraktion SP/Grünen gehen in die gleiche Richtung wie die Meinung der FDP. Wir erkennen in diesen Legislaturzielen keine politische Führung. Es ist eine Auslegeordnung, die nicht kohärent ist. Es genügt den Ansprüchen an die Legislaturziele nicht. Wir empfinden es als dürrftig und schliessen uns dem Votum von Peter Marten und der FDP-Fraktion an. Der Gemeinderat muss nochmals über die Bücher und soll ein Papier ausarbeiten, das auch als politische Führung bezeichnet werden kann.

Christian Keller: Ich möchte im Namen der Fraktion SP/Grünen noch etwas zum Punkt 6 Verkehr sagen. Ich halte die formulierten Ziele für sehr mager. Alle wissen, dass die Gesellschaft jedes Jahr sehr viel Geld für den Verkehr ausgibt. Dies gilt für den Strassenbau, Unterhalt der Strassen, den öffentlichen Verkehr, usw. Es gibt aber auch externe Kosten, welche von der Öffentlichkeit getragen werden müssen. Hier sind es nicht nur die Gemeindestrassen, sondern auch Schäden an Gebäuden, Wertverminderungen an Infrastrukturen, usw. Für den Verkehr wird sehr viel Geld ausgegeben. Es betrifft vor allem der motorisierte Individualverkehr. Wir sind in Obersiggenthal vom Verkehr stark betroffen. Im Jahr werden rund CHF 8.5 Mia. ausgegeben, welche die Öffentlichkeit tragen muss. Für jeden Einwohner macht dies CHF 1'000. Ich möchte es wieder auf die lokale Ebene nehmen, was unternimmt der Gemeinderat gegen den Kampf dieser Probleme? Wird dies überhaupt als Problem wahrgenommen? Ist es Mutlosigkeit, wird es einfach akzeptiert, wie es ist oder erhält der Einwohnerrat nächste Woche dazu eine Antwort, wenn es um das Budget geht? Ich bin der Meinung, dass der Verkehr ein grosses Probleme für die Gemeinde ist und daher braucht es im Legislaturprogramm viel klarere und höher gesteckte Zielsetzungen. Das Ziel, das Angebot des öffentlichen Verkehrs soll beibehalten werden, reicht nicht. Wir wissen alle, dass ein Ortsteil keinen Busanschluss hat. So ist ja klar, dass jeder Haushalt mindestens ein Auto braucht. Ich finde auch, dass die Verkehrsinfrastruktur für die schwachen Verkehrsteilnehmer ungenügend ist. Wir haben zwar einen kantonalen Veloweg, der durch die Gemeinde führt, gleichzeitig haben wir aber auch einen Knotenpunkt, bei dem es nicht weitergeht. Ich wünsche mir, dass der Gemeinderat Mut hat, mehr in den Verkehr zu investieren. Wenn die Nachhaltigkeit der Mobilität gefördert werden soll (Velo, Fussgänger), dann bedeutet dies, dass diese Infrastrukturen attraktiver sein sollten. Die Verbindungen sollten direkt und abseits vom motorisierten Verkehr sein. Diese Infrastruktur wird etwas kosten. Es braucht Investitionen in den öffentlichen Raum. Wenn der öffentliche Raum attraktiv ist, dann gehen die Einwohner eventuell zu Fuss ins Einkaufszentrum. So würden Begegnungen zwischen den Einwohnern entstehen und es würde zu Gesprächen kommen. Diese Qualität müsste die Gemeinde anstreben. Es braucht Investitionen ins Velo- und Fussgängernetz. Zurzeit wird über die zweite Gotthard-Röhre gesprochen, für diese soll CHF 1 Mia. mehr ausgegeben werden, als eine gewöhnliche Sanierung kosten würde. Zudem wird uns erklärt, dass dieser Sanierungstunnel anschliessend nur einspurig befahren werden soll. Die EU wird sich bedanken. Mit dieser CHF 1 Mia. könnten 20'000 Fussgängerstreifen saniert oder neu gebaut werden. Es könnten 12'000 Tempo 30-Zonen geschaffen werden.

Stefan Semela: Könnten wir zum Thema zurückkommen. Wir sind bei den Legislaturzielen der Gemeinde Obersiggenthal.

Christian Keller: Zurück wieder auf die lokale Ebene. Wir haben als neues Projekt die ostar-gauer Strassenentwicklung. Ich würde mir wünschen, dass sich die Gemeinde Obersiggenthal dort mehr einbringt. Mein Vorschlag wäre, dass ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben wird.

Es sollen Vision gesammelt und Workshops mit der Bevölkerung durchgeführt werden. So könnten Ideen zusammengetragen werden, wie die nachhaltige Mobilität gefördert werden soll. Ein Steg könnte über die Limmat ins Quartier Brisgi führen und von dort sollten die Einwohner mit einem S-Bahnanschluss nach Baden gelangen.

Patrick Hehli: Ein SBB-Anschluss kostet aber ziemlich viel Geld.

Theo Flückiger: Uns hat es gefreut, dass die Energie inzwischen auch in den bunten Strauss der Legislaturziele aufgenommen wurde. Wenn dieses Ziel im Detail angeschaut wird, dann ist als Massnahme das energiepolitische Programm aufgeführt. Nur mit einer Anpassung, ist ja noch nichts umgesetzt. Es ist mir klar, dass das energiepolitische Programm jährlich angepasst wird, somit kann es nicht die Legislaturziele umfassen. Dies sehe ich als Widerspruch in diesem Papier. Wenn das energiepolitische Programm angeschaut wird, dann kann festgestellt werden, dass relativ viele Ziele darin bereits umgesetzt wurden. Es sind relativ wenig neue Ziele eingeflossen und die aktuellen Ziele werden auch nicht konsequent umgesetzt. Bei der Umsetzung der Tagesstrukturen wurde von Anfang an auf den Minergie-P-Standard verzichtet, obwohl dies als permanentes Ziel gesetzt ist. Es steht auch, dass mit einer entsprechenden Begründung dieser Standard nicht umgesetzt werden muss. Eine solche Begründung hat der Einwohnerrat aber nie erhalten. Beim Strom ist im Budget 2015 vorgesehen, dass ein Teil aus nachhaltigem Strom bezogen wird. Die Ziele werden nicht konsequent umgesetzt. Gleichzeitig muss ich sagen, dieses Programm wurde vor gut einem Jahr geschrieben. In der Zwischenzeit ist ein neues Programm mindestens in Bearbeitung und ich denke da werden auch viele neue Ziele erarbeitet. Es würde mich interessieren, wie weit dieses Programm ist und welche Ziele enthalten sind?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Es sind keine zusätzlichen Ziele geplant, die bisherigen Ziele bleiben bestehen.

Stefan Semela: Der Antrag des Gemeinderates lautet auf Kenntnisnahme und aus diesem Grund muss nicht darüber abgestimmt werden. Die Grundhaltung ist deutlich in den Voten erkennbar gewesen.

Patrick Hehli: Was macht der Gemeinderat mit den Anregungen des Einwohnerrats?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte mich grundsätzlich für die verschiedenen Voten bedanken. Sie waren zum Teil sehr deftig ausgefallen. Ich bin froh um die Hinweise und habe selber bereits festgestellt, dass die Ziele deutlicher formuliert werden müssen. Ich denke, dass dies ein Arbeitspapier ist, das lebt. Da dieses nicht in Stein gemeisselt ist, wird der Gemeinderat die Hinweise entgegennehmen und versuchen diese einzubringen.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Ich möchte noch zu zwei Legislaturzielen Stellung nehmen. Im Punkt Bildung hiess es, der Bezug Goldiland fehle. In der Klausur habe ich mich nicht dafür gehalten, zu schreiben, dass Goldiland wird bezogen. Die Formulierung lautet: taugliche Räumlichkeiten für die familienergänzende Betreuung werden realisiert. Ich habe dies ganz bewusst offen gelassen. Wenn das Goldiland nicht angenommen worden wäre, hätte sich der Gemeinderat nach anderen Mietobjekten umgeschaut. Ich werde dies sehr gerne aufnehmen und sogar noch weiter gehen, indem gesagt wird, der Baukredit wird eingeholt.

Zur externen Evaluation bei der Jugendarbeit: Dies wurde im Rechenschaftsbericht erläutert. Was daraus gemacht wird, können Sie im nächsten Rechenschaftsbericht lesen.

Es war ein Einwohnerratsentscheid, dass der P-Standard bei den Tagesstrukturen nicht umgesetzt wird.

Theo Flückiger: Das war das Eco-Label, nicht der P-Standard.

Stefan Semela: Wir werden das Traktandum mit einem klaren Auftrag an den Gemeinderat verlassen.

4 2014.41 Gemeindeordnung der Gemeinde Obersiggenthal und Geschäftsreglement des Einwohnerrates Obersiggenthal / Überarbeitung

Eintreten wird nicht bestritten.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Seit 1. Januar 2014 können die Gemeinden gemäss Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht des Kantons Aargau in der Gemeindeordnung die Zuständigkeit für die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts dem Gemeinderat übertragen.

Alle Obersiggenthaler Parteien signalisierten dem Gemeinderat, dass sie sich einen Wechsel dieser Zuständigkeit vorstellen könnten. Der Gemeinderat hat deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die neben dem erwähnten Wechsel der Zuständigkeit überprüfen soll, welche Bestimmungen in der Gemeindeordnung und im Geschäftsreglement angepasst werden können. Nachdem sich die Parteien und die Bevölkerung zu den Vorschlägen äussern konnten, liegen nun die Entwürfe zur Genehmigung durch den Einwohnerrat vor.

Die wesentlichen Änderungen in der Gemeindeordnung sind bei der Zuständigkeit im Einbürgerungsverfahren, die neu vom Einwohnerrat zum Gemeinderat wechseln soll. Ausserdem wurden die Formulierungen bei den Zuständigkeiten für Kauf, Verkauf und Tausch von Grundstücken neu formuliert; die Summen sind gleich geblieben. Verschiedene redaktionelle und sprachliche Anpassungen sind von der Arbeitsgruppe selber, durch Hinweise aus den Vernehmlassungseingaben oder durch Hinweise aus dem Vorprüfungsbericht des Kantons vorgenommen worden.

Die fortlaufende Nummerierung wurde nicht geändert. Damit soll sichergestellt werden, dass Vergleiche mit alter und neuer Fassung leichter möglich sind und dass auch später noch nachvollzogen werden kann, welche Bestimmungen zu welchem Zeitpunkt geändert worden sind.

Bei der Vernehmlassung bei den Parteien sind insbesondere Fragen zur Einbürgerungskommission aufgekommen. Dabei ging es um die Frage, ob der Einwohnerrat weiterhin Einfluss auf die Zusammensetzung nehmen könne. Oder wie sichergestellt sei, dass eine Einbürgerungskommission auch eingesetzt werde.

Die bisher vom Einwohnerrat gewählte Kommission wird neu vom Gemeinderat gewählt. Ein Pflichtenheft regelt die Aufgaben und Kompetenzen der Einbürgerungskommission. Mitglieder für diese Kommission sollen, gemäss Pflichtenheft, aus den Parteien nominiert werden, die im Einwohnerrat vertreten sind. Damit können die politischen Interessen im Einbürgerungsverfahren sichergestellt werden. Die Einbürgerungsverfahren sind seit 2014 kantonal vereinheitlicht worden. Die Einbürgerungskommission und der Gemeinderat sind an diese bindenden Vorgaben des Kantons gebunden.

Die Änderung der Gemeindeordnung ist zwingend der Volksabstimmung zu unterstellen, welche am 30. November 2014 vorgesehen ist.

Willi Graf: Die CVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Vorbereitung dieses Geschäfts, ausgehend auf den Wunsch des Einwohnerrates auf den Wechsel der Zuständigkeit von den Einbürgerungen. Der Gemeinderat hat einen guten Weg gewählt. Mit einer fachkundigen und kompetenten Arbeitsgruppe wurde eine erste gute Fassung in die Vernehmlassung geschickt. Wir danken hiermit der Arbeitsgruppe für diese Arbeit. Die Parteien und Bürger konnten Vorschläge einbringen und dies hat die CVP-Fraktion sowohl in der Arbeitsgruppe wie auch in der Vernehmlassung gemacht. In der Fraktionssitzung hat die CVP-Fraktion nochmals eingehend über dieses Traktandum diskutiert und steht einstimmig hinter dem Antrag des

Gemeinderates. Es wird den Stimmberechtigten auch empfohlen, die Gemeindeordnung an der Urne anzunehmen.

Eugen Paul Frunz: Auch die SVP-Fraktion Obersiggenthal hat über die Gemeindeordnung bzw. über das Geschäftsreglement des Einwohnerrates beraten. Wir möchten an dieser Stelle der Arbeitsgruppe für die überarbeitete Fassung danken. Auch die Möglichkeit, dass die Parteien vorgängig Stellung nehmen konnten wurde sehr begrüsst. Dadurch konnten schon einige Anliegen eingebracht werden. Die vorliegenden Werke sind wie bereits erwähnt gelungen, nichts desto trotz haben wir noch den einen oder anderen Änderungsvorschlag.

Stefan Semela: Geplant ist, dass die Anträge jetzt gestellt werden. Es wird nicht jeder Paragraph einzeln durchgegangen.

Patrick Hehli: Es betrifft die Gemeindeordnung § 43 Abs. 4. Der Gemeindeammann hat es in seinem Eingangsvotum bereits mündlich erwähnt. Die SVP-Fraktion möchte es aber auch in der neuen Gemeindeordnung festgehalten haben. Der letzte Satz sollte ersetzt bzw. ergänzt werden durch:

„Mitglieder für diese Kommission sollen aus den Einwohnerratsfraktionsparteien nominiert werden“.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat, wie auch die Arbeitsgruppe, hat sich mit dieser Frage aufgrund der Vernehmlassungsvoten eingehend auseinandergesetzt. Bis jetzt war in der Gemeindeordnung nicht erwähnt, dass der Gemeinderat die Mitglieder wählt. Es soll explizit erwähnt werden, dass der Gemeinderat die Einbürgerungskommission einsetzt, da es sich um eine spezielle Kommission handelt. Sonst gibt es zu gemeinderätlichen Kommissionen keine Aussage in der Gemeindeordnung. Es wurde auch geschrieben, dass zu dieser Kommission ein Pflichtenheft zu erstellen ist. In diesem Pflichtenheft sind die Wahl, Amtsdauer, Zusammensetzung und die Organisation klar erwähnt. Es ist im Pflichtenheft klar geschrieben, dass die Personen von den Einwohnerratsfraktionsparteien vorgeschlagen werden sollen. Der Gemeinderat möchte die Gemeindeordnung nicht zu eng fassen.

Patrick Hehli: Besten Dank für die Ausführungen. Das Pflichtenheft ist uns schon klar. Ein Pflichtenheft kann aber relativ schnell abgeändert werden. Zurzeit haben wir einen durchmischten politisch ausgerichteten Gemeinderat. Irgendwann kommt für mich vielleicht der Worst Case, und der Gemeinderat ist links ausgerichtet. Wenn der Einwohnerrat dann keinen Einfluss mehr geben kann, welche Personen nominiert werden sollen, dann könnte es auch falsch herauskommen. Ein Pflichtenheft kann zu schnell geändert werden, eine Gemeindeordnung ist ein längerer Prozess. So wäre über mehrere Jahre garantiert, dass die Einwohnerratsfraktionsparteien die Mitglieder der Kommission nominieren dürfen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte hier noch festhalten, dass es hier nur um eine Empfehlung der Parteien geht. Die Wahl und Festlegung der Kommission liegt beim Gemeinderat.

Patrick Hehli: Aus diesem Grund steht in unserem Antrag, dass die Einwohnerratsfraktionsparteien eine Nominierung vornehmen können.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Dies stellt aber noch lange nicht sicher, dass der Gemeinderat diese Personen wählt. Die Kommissionszusammenstellung wird durch den Gemeinderat festgelegt.

Erich Schmid: Ich verstehe das Anliegen von Patrick Hehli, ich denke aber, dass das was Dieter Martin sagt, richtig ist. Grundsätzlich können die Parteien nominieren wen sie wollen, schlussendlich entscheidet der Gemeinderat. Es hat aber noch einen anderen Aspekt. Die Einbürgerungskommission besteht aus sieben Personen, es ist auch möglich, dass die Parteien keine Personen nominieren können. Ich denke, der Gemeinderat muss dann die Möglichkeit

haben, auch selber Personen zu nominieren. Das können auch Personen sein, die nicht zu einer Partei gehören möchten und auch nicht mit einer Partei in Verbindung gebracht werden möchten. Ich persönlich werde diesem Antrag aus den erwähnten Gründen nicht zustimmen.

Markus Renggli: Schlussendlich entscheidet der Gemeinderat über die Einbürgerung eines Kandidaten. Der Gemeinderat ist nach Parteien zusammengesetzt. Die Kommission macht ja auch nur Vorschläge. Wenn alle in der Kommission gegen ein Einbürgerungsgesuch sind, dann kann der Gemeinderat dies immer noch gutheissen.

Ueli Zulauf: Ich möchte den Antrag von Patrick Hehli unterstützen. Ich finde es wichtig, dass die Parteien auch angehört werden. Die Parteien verlieren laufend an Bedeutung. Sie wurden auch nicht eingeladen, Kandidatinnen oder Kandidaten für die anderen gemeinderätlichen Kommissionen zu nominieren. Wenn die Parteien noch eine Funktion in der Gemeinde haben sollen, dann müssten diese doch auch Personen finden, welche bereit sind in einer Kommission mitzuarbeiten. Es enttäuscht mich, dass dies einfach umgangen werden soll. Es heisst ja damit nicht, dass nicht auch eine offene Ausschreibung gemacht werden kann. Die Parteien sollen aber auch explizit begrüsst werden, um Vorschläge zu machen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es tönt jetzt gut, aber ich kann sagen, es wird seit Anfang Jahr ein/e Präsident/in für die Planungskommission gesucht, aber bis jetzt konnte keine Partei eine Nomination liefern.

Ueli Zulauf: Wir wurden ja auch nicht eingeladen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es wurde ausgeschrieben.

Patrick Hehli: Ich höre zum ersten Mal, dass diese Stelle ausgeschrieben ist.

Stefan Semela: Wenn es in der Zeitung ausgeschrieben wird, dann ist es eine Holschuld, es muss nicht jedem persönlich zugestellt werden.

Urs Müller: Ich möchte vorschlagen, dass es so stehen bleibt, wie es der Gemeinderat empfiehlt. In Zukunft soll dies doch nicht nur in der Rundschau publik gemacht werden sondern die Parteien sollten separat informiert werden.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Dies wurde bis jetzt ja immer gemacht.

Urs Müller: Betreffend Planungskommissionspräsidium höre ich dies aber auch das erste Mal.

Stefan Semela: Gibt es zur Gemeindeordnung noch weitere Anträge oder Ergänzungen?

Christine Brüesch: Die Fraktion SP-Grüne stellt einen Antrag zum Punkt 1 Allgemeines der überarbeiteten Gemeindeordnung sowie zu Punkt 1 Allgemeine Bestimmungen des überarbeiteten Geschäftsreglements. Wir beantragen, in der überarbeiteten Gemeindeordnung bei den Personenbezeichnungen immer die weibliche und männliche Form zu verwenden.

Im bisherigen Text der Gemeindeordnung steht, dass sich Amts- und Funktionsbezeichnungen auf beide Geschlechter beziehen (wir finden deshalb z. B. Bezeichnungen wie Gemeindeammann). Daneben tauchen aber auch häufig weibliche und männliche Personenbezeichnungen wie die Präsidentin / der Präsident auf.

Zu Gunsten der Leserlichkeit heisst es im neuen Text nur noch, die verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter. Und welche Bezeichnung wird wohl vorgeschlagen? Mit einer Selbstverständlichkeit die Männliche. So liest man nur noch vom Präsidenten, die Präsidentin muss man sich vorstellen.

Für die Fraktion SP/Grünen bedeutet diese alleinige männliche Bezeichnung einen inakzeptablen Rückschritt in alte Zeiten. Nach der Annahme des Gleichstellungsartikels 1981 hat man 1993 im Deutschen die sprachliche Gleichbehandlung als verbindlich erklärt und seit 2010 gibt es ein Sprachgesetz mit der verbindlichen Vorgabe, die sprachliche Gleichbehandlung in allen schweizerischen Amtssprachen umzusetzen. Die Umsetzung wird bis 2016 mittels eines Forschungsprojektes des Nationalfonds überprüft. Die sprachliche Gleichbehandlung entspricht heute der kantonalen und eidgenössischen Praxis bei der Revision sämtlicher Gesetzestexte, Reglemente und Ordnungen.

Die Umsetzung ist also Pflicht und das Kriterium der Leserlichkeit wird müssig. Aber ganz abgesehen davon: Stellen Sie sich vor, wie diese veraltete Schreibweise beim Stimmvolk ankommt, welches immerhin zu ca. 50% aus Frauen besteht. Dazu kommen die vielen progressiv denkenden Männer von Obersiggenthal. Formulierungen sind kein Detail: Sprache ist ein Spiegel unseres Denkens, Bewusstseins, unserer Gesellschaftsstrukturen und Machtgefüge.

Deshalb bittet die Fraktion SP/Grünen, den Antrag anzunehmen.

Willi Graf: Die Gemeindeordnung wie auch das Geschäftsreglement wurde in der Arbeitsgruppe besprochen und es gab eine Vernehmlassung. In der Arbeitsgruppe war ein Vertreter der Fraktion SP/Grünen vertreten. Wurde dies damals schon erwähnt?

Christian Keller: Ich habe es eingebracht, es wurde aber abgelehnt.

Erich Schmid: Ich denke, die Lesbarkeit sollte ein grosses Gewicht haben. Ich bin klar der Meinung, dass dies so belassen wird. Mir ist es egal, welches Geschlecht erwähnt ist, es kann auch gerne die Präsidentin darin stehen. Bei der ersten Fassung musste ich jeden Satz zweimal lesen, weil es nicht lesbar war. Ich habe grosse Mühe mit der Fraktion SP/Grünen in dieser Situation. Es gab eine Vernehmlassung und nur zwei Parteien haben sich dazu geäussert. Die Fraktion SP/Grünen hat sich nicht dazu geäussert. Im Frühjahr wurde die Gemeindeordnung umgestellt, das Geschäftsreglement jedoch noch nicht und wir haben beantragt, dass es vereinheitlicht wird und die Fraktion SP/Grünen hat dies entweder nicht angeschaut oder es war ihnen egal. Vor einem Jahr wurde die Bau- und Nutzungsordnung verabschiedet und vor zwei Jahren war die Vernehmlassung dazu und auch dort haben sich nur zwei der grossen Parteien dazu geäussert. Jetzt gibt es wieder eine Vernehmlassung und die Fraktion SP/Grünen hat sich wieder nicht dazu geäussert. Ich muss klar sagen, nehmt doch die Gelegenheit wahr und kommt dann, wenn ihr gefragt werdet. Von mir aus kann die weibliche Form gewählt werden, aber ich möchte es lesen können.

Ueli Zulauf: An der letzten Einwohnerratssitzung haben wir mehr als eine Stunde über ein Bauprojekt gesprochen, das in verschiedenen Gremien bereits vorbesprochen wurde. Aus verschiedenen Fraktionen kamen weitere Fragen, die an diesem Abend beantwortet wurden. Dort wurde auch alles nochmals besprochen und erläutert. Diesen Vorwurf weise ich zurück, zumal Christian Keller unser Anliegen in der Arbeitsgruppe eingebracht hat.

Ich möchte Toni Meier noch darauf hinweisen, dass ich ihm zu meiner Zeit als Gemeinderat eine Broschüre übergeben habe, wo es um gleichgeschlechtliche Formulierungen in Amtstexten gegangen ist. Er wusste, wie diese Texte abgefasst werden müssen. Wir verlangen nichts anderes, als dass die Praxis des Grossen Rates angewendet wird. Es ist also nichts Exotisches.

Christine Brüesch: Die Gesetzestexte sind allgemein schwer lesbar, manchmal müssen präzise Formulierungen gemacht werden, damit der Sache überhaupt gerecht werden kann. Wir haben uns auch überlegt, ob nur die Präsidentin geschrieben werden soll. Ich möchte aber nicht, dass zuerst die männliche Form dominiert hat und jetzt einfach die Weibliche. Ich möchte, dass beide Formen ersichtlich sind. Es geht um Gleichstellung.

Erich Schmid: Bei den Tagesstrukturen gab es keine Vernehmlassung, daher kann dies nicht verglichen werden. Es gab Sachen bei den Tagesstrukturen, über die mehrfach abgestimmt

wurden. Für mich steht die Lesbarkeit im Vordergrund. Ich fühle mich nicht von den Frauen dominiert, wenn in der Gemeindeordnung und im Geschäftsreglement des Einwohnerrates die Präsidentin steht. Das Gleichberechtigungsproblem wird nicht gelöst, wenn es doppelt erwähnt wird.

Josef Sieber: Wir haben ein ideales Thema gefunden. Darüber gibt es Bücher und man könnte noch tagelang diskutieren. Bis jetzt hatte aber noch niemand eine gute Idee, wie es gelöst werden kann, damit es lesbarer wird. Es wird nur noch kompliziert. Eine solche Gemeindeordnung sollte doch einfach und verständlich sein.

Ich habe einen Antrag, da ich mit dem Wortlaut „die“ Einwohnergemeinde nicht einverstanden bin. Da fühle ich mich nicht eingeschlossen. Ich beantrage, dass geschrieben wird „das“ Einwohnergemeinde.

Stefan Semela: Gibt es weitere ernsthafte Voten?

Eugen Paul Frunz: Ich habe einen Antrag zum §8 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates: Die Unterlagen sollen bis einen Tag vor der Sitzung aufliegen. Die Verwaltung soll die Unterlagen erst am Donnerstagvormittag aus der Aktenaufgabe holen dürfen. Wir wären froh, wenn die Unterlagen länger liegen bleiben würden, damit auch noch etwas spontan vor der Sitzung angeschaut werden kann.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es wird entgegengenommen.

Eugen Paul Frunz: Der zweite Antrag betrifft § 48 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Auf die Streichung dieses Paragraphen soll verzichtet und der Text wie folgt angepasst werden: „Um dieses Geschäftsreglement zu ändern, ist ein schriftlicher Antrag von mindestens einem Drittel der Ratsmitglieder erforderlich...“.

Es kann zwar über die Motion geregelt werden, dort ist es aber so, dass die Beantwortung erst innerhalb der nächsten sechs Monate erfolgen muss. Wenn etwas geändert werden soll, könnten so die sechs Monate eingespart werden.

Patrick Hehli: § 9 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates: Ich habe in der Zwischenzeit die Antwort erhalten, dass die Medien jederzeit Zutritt haben. Ich frage mich aber, ob dieser Satz nicht präzisiert werden kann. Vor nicht zu langer Zeit, gab es in Baden einen Fall, wo die Medien ausgeschlossen wurden. Es sollte präzisiert werden, dass zwar die Medien anwesend sein dürfen, aber Aufnahmen nicht erlaubt sind. Der Satz ganz streichen, dürfen wir ja nicht, da die Medien immer Zutritt haben.

Anton Meier, Gemeindeschreiber: Ich habe noch eine Ergänzung zur Mitteilung, die ich Dir gegeben habe. Ich würde raten im Moment nichts zu formulieren. In der Stadt Baden kam die Frage auf, ob Ton- und Bildaufnahmen live übertragen werden sollen. Das Ratsbüro lehnte dies ab. Ich weiss aber in der Zwischenzeit, dass gegen diesen Entscheid eine Aufsichtsbeschwerde hängig ist. Es ist noch nicht klar, wie diese Beschwerde entschieden wird. Es gibt einen Entscheid aus dem Jahre 2005. Dort wurde entschieden, dass unter bestimmten Umständen Aufnahmen nicht erlaubt sind, wenn es um die Abstimmungsfreiheit geht. Ich weiss nicht, was neu entschieden wird, daher würde ich abraten, dies im Geschäftsreglement zu erwähnen. Wenn der Entscheid veröffentlicht wird, kann dieser in der Praxis übernommen werden.

Stefan Semela: Ist dies ein Antrag?

Patrick Hehli: Nein. Ich habe die Antwort ja bereits vorgängig erhalten, dass die Medien gemäss Gesetz immer Zutritt haben. Im Reglement hätte ich den Satz einfach gerne präzisiert gehabt.

Erich Schmid: Ich habe doch noch eine Bemerkung zum § 48 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Bei den Erläuterungen ist es ja klar erwähnt, wieso er gestrichen werden soll.

Diese Bestimmung steht im Widerspruch zum Motionsrecht der Mitglieder im Einwohnerrat und soll deshalb gestrichen werden. So möchte man ein rechtliches Problem lösen. Soll dieses jetzt wieder eingeführt werden?

Bettina Lutz Güttler: Ich möchte dem Gemeinderat nicht vorgreifen. Der §48 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates sagt jetzt aus, dass ein Antrag von mindestens fünf Ratsmitgliedern gestellt werden muss. Dies widerspricht dem Motionsrecht. Jeder Einwohnerrat hat als Einzelperson die Möglichkeit, einen Antrag auf Änderung des Geschäftsreglements zu stellen. Es braucht also nicht noch vier Verbündete, um diesen Antrag zu stellen. Weil es dem übergeordneten Gesetz widerspricht, soll dieser Paragraph gestrichen werden.

Eugen Paul Frunz: Wenn ich den Antrag umformulieren würde in: „Um dieses Geschäftsreglement zu ändern, ist ein schriftlicher Antrag von mindestens einem Ratsmitglied erforderlich..“, dann wäre ja dies aufgehoben. Somit würden die sechs Monate nicht verloren gehen. Es müsste nicht eine Motion eingereicht werden, sondern ich kann direkt einen Antrag stellen.

Bettina Lutz Güttler: Es gibt eine bestimmte Anzahl von Möglichkeiten, die dem Einwohnerrat zur Verfügung stehen, um eine Eingabe zu machen. Es kann nicht einfach ein Antrag gestellt werden, dies muss als Motion, Anfrage oder Petition erfolgen. Es wäre eine Motion, die dazu führt, dass eine bestehende Ordnung geändert werden kann.

Stefan Semela: Ich sehe es gleich wie Bettina Lutz Güttler. Es ist nichts anderes als eine Motion. In diesem Paragraphen heisst es, es müssten fünf Mitglieder sein, das widerspricht sich. Bezüglich zeitlichem Aspekt kann gesagt werden, dass eine Motion für dringlich erklärt werden kann. Es gibt zwar das Quorum von 2/3, aber dann muss es an der nächsten Ratssitzung behandelt werden.

Eugen Paul Frunz: Eben, es braucht 2/3 für eine Dringlichkeitserklärung. Aber wenn ich es so schreibe im Antrag, braucht es diese 2/3 nicht.

Stefan Semela: Es steht aber nicht, dass es an der nächsten Sitzung behandelt werden muss. Es ist nichts anderes als eine Motion.

Anton Meier, Gemeindegeschreiber: Als Ergänzung, in den letzten 45 Jahren ist dies nie vorgekommen.

Stefan Semela: Wenn eine Motion eingereicht wird, dann ist der Ablauf so, dass der Antrag vom Gemeinderat kommen muss. Wir können nicht selber einen Antrag stellen, um ein Reglement zu ändern. Es kann niemand kommen und verlangen, dass an der nächsten Einwohnerratssitzung in einem Reglement ein Paragraph geändert wird.

Eugen Paul Frunz: In der Gemeindeordnung nicht.

Stefan Semela: Zuerst braucht es eine Motion, dann stellt der Gemeinderat den Antrag zur Überweisung.

Die Frage ist jetzt bezüglich des Antrags, ist dieser nun abgeändert auf ein Mitglied?

Eugen Paul Frunz: Ja, ich gebe ihn nochmals ab.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag der SVP zum § 43 Abs. 4 der Gemeindeordnung: Der letzte Satz soll ergänzt werden durch: „Mitglieder für diese Kommission sollen aus den Einwohnerratsfraktionsparteien nominiert werden“. Dieser Antrag wird mit 14 Ja- zu 23 Neinstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Antrag der SP/Grünen zum Punkt 1 Allgemeines: In der überarbeiteten Gemeindeordnung und dem Geschäftsreglement des Einwohnerrats soll bei den Personenbezeichnungen immer die weibliche und männliche Form verwendet werden. Dieser Antrag wird mit 8 Ja- zu 27 Neinstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag der SVP zum § 8 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates: Unterlagen, die nicht zugestellt werden können, sind vom Zeitpunkt der schriftlichen Einladung bis einen Tag vor der Sitzung während den Bürozeiten aufzulegen und soweit möglich und zulässig im Internet verfügbar zu machen (§ 20 Gemeindeordnung). Dieser Antrag wird mit 37 Ja- zu 1 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag der SVP zum § 48 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates: Auf die Streichung dieses Paragraphen soll verzichtet werden, und der Text wie folgt angepasst werden: „Um dieses Geschäftsreglement zu ändern, ist ein schriftlicher Antrag von mindestens einem Ratsmitglied erforderlich...“. Dieser Antrag wird mit 8 Ja- zu 28 Neinstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Schlussabstimmung

Anträge des Gemeinderates:

- 1. Die überarbeitete Gemeindeordnung wird genehmigt**
- 2. Das überarbeitete Geschäftsreglement wird genehmigt und tritt nach Genehmigung der Gemeindeordnung durch die Stimmberechtigten an der Urne in Kraft.**

Diese Anträge werden mit 38 Ja- zu 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

5 2014.42 Umfrage

Patrick Hehli: Ich habe drei Fragen bzw. Anliegen. Es wurde heute bereits erwähnt, dass wir einen gut ausgebauten Radweg haben. Der führt über das Feld und geht anschliessend via Sternenplatz in den Hanfgarten. Die Signalisation über den Sternenplatz ist sehr ungünstig. Offiziell würde der Radweg rechts von den Parkplätzen vorbeigehen. Sehr viele fahren aber links und kommen so auf das schmale Trottoir Richtung Sternen und Hauptstrasse. Früher oder später wird es dort einen Unfall geben. Es ist mir ein Anliegen, dass beim Sternenplatz die Signalisation verbessert wird. Dieses Anliegen wurde auch aus der Bevölkerung an mich herangetragen. Ich habe es aber schon selber erlebt, da mein Sohn immer links fahren möchte. Ich kann mit meinem kräftigen Organ ja zum Glück noch Einfluss nehmen.

Die Plakatierung in unserer Gemeinde ist denkbar ungünstig. Es wird durch die Firma Correct Connect betrieben und dazu gibt es ein Reglement. Leider mussten wir feststellen, dass bei der Abgabestelle in der Gemeinde nicht alle Mitarbeiter richtig über den Ablauf informiert wurden. Es ist so, dass politische Plakate von der Firma Correct Connect nicht gratis aufgehängt werden. Bei der Gemeinde wurden die Plakate entgegengenommen und anschlies-

send gab es zwischen der Firma und der Gemeinde ein Problem. Die Firma hat uns mitgeteilt, dass es nicht das erste Mal ist, dass es Probleme gab mit den Plakaten. Dabei musste ich aber feststellen, dass bei jeder öffentlichen Plakatstelle ein Schild montiert ist. Darauf steht, dass eine Busse ausgesprochen wird, wenn die Plakate selber aufgehängt werden.

Meine Anliegen sind:

1. Die Mitarbeiter der Gemeinde müssen besser geschult werden, damit sie dem Kunden Auskunft geben können.
2. Kann nicht an einem Ort eine Wand aufgestellt werden, wo Plakate aufgehängt werden können, ohne dass man sich strafbar macht?

Auf jeder Einladung zur Einwohnerratssitzung wird der Treffpunkt nach der Sitzung erwähnt. Mir ist es je nach Arbeitsplan auch nicht immer möglich, noch ins Restaurant zu gehen. Ich finde es aber schade, wenn gewisse trotz offiziellem Treffpunkt in ein anderes Restaurant gehen. Es wäre doch die Gelegenheit auch einmal über die Politikgrenzen hinaus miteinander etwas zu besprechen. Ich möchte beliebt machen, dass dieser Treffpunkt genutzt wird.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte mich für die Falschaussage des Mitarbeiters entschuldigen. Wir werden versuchen, dass bei künftigen Gelegenheiten die richtigen Abläufe klar sind.

Christine Brüesch: Ich unterstütze es sehr, dass es gepflegt wird, nach der Sitzung noch etwas trinken zu gehen. Ich bin bis jetzt einfach noch nie mitgekommen, da ich es von den Kräften her nicht geschafft habe, noch später ins Bett zu gehen. Es hat mich aber von Anfang an schockiert, wie man in Gruppen zusammensteht und kaum jemandem einer anderen Partei guten Abend sagt. Ich bin es mir nicht gewohnt, dass man in kleinen Gruppen steht und sich abschottet. Ich arbeite auch mit verschiedenen Kollegen und komme aber mit allen aus.

Theo Flückiger: Patrick, ich kann dir, noch eine Antwort geben zu den Plakaten. Ich habe in den letzten Tagen etwas abgegeben und habe ein Merkblatt erhalten. Darauf ist der ganze Ablauf inkl. Telefonnummer der Firma Correct Connect vermerkt.

Christoph Villiger: Kreativität finde ich etwas Wunderbares, ich bitte das Ratsbüro aber, beim Kopieren darauf zu achten, dass die Seiten so kopiert werden, dass sie einfach zu lesen sind.

Stefan Semela: Wenn keine weiteren Fragen mehr sind, schliesse ich die Einwohnerratssitzung. Der Treffpunkt nach der Sitzung ist das Restaurant Neuhaus, Nussbaumen.

Der Präsident:

Stefan Semela

Die Protokollführerin:

Romana Giandico-Hächler